

DB/ro

den 5. Dezember 1966

VERTRAULICH

Geht an: Herrn Bundesrat Spühler
Herrn Botschafter Micheli
Herrn Minister Marcuard
Herrn Minister Bindschedler
Herrn Minister Thalmann
Herrn Minister Bieri
Herrn Dr. Diez
Herrn Dr. Gelzer
Herrn Dr. Janner
Herrn Dr. Hartmann
Herrn Dr. Pestalozzi

Chefbeamtenbesprechung vom 30. November 1966

P r o t o k o l l n o t i z

Anwesend: Bundesrat Spühler
Botschafter Micheli
Minister Bindschedler
Minister Thalmann
Minister Bieri
Dr. Diez
Dr. Gelzer
Dr. Janner
Dr. Dumont (Aufzeichnung)

Traktanden

1. Neuner-Club New York. Instruktionen für Herrn Turrettini
2. Europarat. Sitzung Ministerkomitee in Paris
3. Reorganisation der Abteilung für Internationale Organisationen
4. Schwedenbesuch des Departementchefs



- 1 -

Herr Bundesrat Spühler begrüsst besonders Herrn Dr. Gelzer, der heute zum ersten Mal an einer Sitzung in diesem Kreis teilnimmt.

1. Neuner-Club New York. Instruktionen für
Herrn Turrettini

Herr Micheli: Das zu diesem Traktandum ausgeteilte Arbeitspapier vom 26. Oktober bedarf insofern einer Ergänzung, als darin die kürzlich in Wien stattgefundenen Gespräche mit dem österreichischen Aussenminister Toncic und Generalsekretär Bielka nicht erwähnt sind. Wir sind bei unseren Erkundigungen, ob sich die Schweiz in irgendeiner Weise, beispielsweise als Beobachter, beteiligen könnte, auf Verständnis und Interesse gestossen, wobei allerdings unterstrichen wurde, dass wir vielleicht die wahre Bedeutung dieses Clubs überschätzen. Es handle sich mehr um eine zufällige und vorläufig noch recht formlose Gruppierung, entstanden im Anschluss an die betreffende UNO-Resolution. Herr Toncic ist bereit, anlässlich seines nächsten New Yorker Aufenthalts bei den Aussenministern von Rumänien und Belgien zu sondieren. Eine gewisse Schwierigkeit sieht er nur darin, dass eine allfällige Aufnahme der Schweiz das Deutschlandproblem zur Sprache bringen könnte. Rumänien und Ungarn wären sicher nicht gewillt, eine Teilnahme der Bundesrepublik zuzulassen, es sei denn, eine solche würde auch für die DDR ermöglicht. Der österreichische Aussenminister sicherte zu, er werde uns nach durchgeführten Konsultationen über Herrn Turrettini orientieren lassen. Herr Micheli vertritt die Auffassung, dass wir auf jeden Fall die Arbeiten dieser Gruppe verfolgen müssen. Falls sich daraus eine Förderung der West-Ost-Kooperation ergeben würde, sollten wir nicht fehlen. Er hatte nie den Eindruck, dass unsere bisherige Politik uns isoliert. Sollten aber solche Initiativen zu etwas Konkretem führen - woran er allerdings zweifelt -, dann könnte im Falle unserer Nichtteilnahme tatsächlich eine gewisse Gefahr der Isolation entstehen. Herr Turrettini wäre anzuweisen, mit dem österreichischen Aussenminister, der Präsident des Neuner-Clubs ist, Fühlung zu nehmen. Vielleicht könnte auch der Departementschef bei dem bevorstehenden Europarat-Treffen in Paris Toncic direkt befragen.

- 2 -

Herr Thalmann macht auf einen Zeitungsartikel über eine am 19. Oktober in Wien stattgefundene Pressekonferenz mit dem österreichischen Aussenminister aufmerksam. Herr Toncic soll sich geäußert haben, selbstverständlich würden auch andere Staaten zugelassen, sofern sie Mitglieder der UNO seien.

Herr Micheli entgegnet dazu, dass seine Gespräche in Wien den Eindruck einer solchen Ausschliesslichkeit nicht aufkommen liessen. Es wurde von den österreichischen Gesprächspartnern lediglich, wie bereits erwähnt, darauf hingewiesen, dass ein Beitritt der Schweiz gewisse Probleme im Hinblick auf Deutschland schaffen könnte. Ein Gespräch zwischen Herrn Bundesrat Spühler und Toncic wäre sicherlich der Mühe wert.

Herr Spühler: Wir haben es vorliegendenfalls mit Bemühungen um Auflockerung und um die Schaffung engerer Beziehungen zwischen mittleren und Kleinstaaten des Westens und des Ostens zu tun. Von Bedeutung und interessant ist dabei, dass die Grossen fehlen. Grundsätzlich sind derartige Bestrebungen zu begrüßen, sofern in dieser Gruppe nicht ganz hohe Politik betrieben wird. Unter dieser Voraussetzung ist der Departementschef der Ansicht, dass wir versuchen sollten zu ergründen, ob wir als Beobachter mitmachen können.

Herr Thalmann orientiert über einen Bericht von Herrn Turrettini, der sich mit der dritten Sitzung des Neuner-Clubs befasst. Offenbar ist noch keine Einigung über den definitiven Text des für die Regierungen der betreffenden Staaten bestimmten Memorandums zustande gekommen. Laut Angaben des rumänischen Delegationschefs soll für das kommende Jahr auf folgenden Gebieten eine verstärkte Zusammenarbeit vorgesehen werden: 1. Wirtschaftsbeziehungen im Rahmen der OECD, welche 1967 ihr 20-jähriges Bestehen feiern wird. 2. Tourismus; unter Anknüpfung an den Umstand, dass 1967 als das Jahr des Tourismus erklärt werden soll. 3. Wissenschaft; im Bestreben, eine bessere Koordination der gemeinsamen Anstrengungen zu erlangen.

- 3 -

Herr Janner ist dem Projekt gegenüber etwas skeptischer. Er ist damit einverstanden, diesen Trend positiv zu verfolgen, aber wir sollten abwarten, ob es gelingt, eine Europakonferenz einzuberufen. Ob sich Aussenminister Toncic für uns sehr aktiv einsetzen wird, hält er für fraglich. Zu Punkt 2 stellt sich für uns vordringlich die Frage der Visa-Abschaffung. Auf dem Wissenschaftsgebiet wird es am einfachsten sein, zu einer Koordination zu gelangen. Herr Turrettini soll sich informieren und uns berichten.

Herr Bindschedler wäre einer Teilnahme als Beobachter nicht abgeneigt, hauptsächlich damit wir erfahren, was vorgeht. Die praktischen Aussichten betrachtet er indessen als gering.

Herr Spühler: Das Deutschlandproblem können wir ruhig an uns herantreten lassen. Als Beobachter würden wir nur eine sehr lose Bindung mit der Gruppe eingehen. Sollte diese allerdings institutionelle Form annehmen, müssten wir unsere Haltung genau überprüfen.

Herr Thalmann erkundigt sich nach dem taktischen Vorgehen. Sollen wir Herrn Turrettini anweisen, aktiv zu werden?

Herr Spühler: Wir wollen keine Einladung provozieren, sondern nur unser positives Interesse bekunden.

Herr Janner: Es ist mit Herrn Toncic in Wien vereinbart worden, dass er zunächst vor allem bei Rumänien und Belgien sondiert, und darauf Herrn Turrettini orientiert. Die beste Lösung wäre zweifellos ein Gespräch zwischen dem Departementschef und Herrn Toncic unter Anknüpfung an die in Wien stattgefundenen Besprechungen.

So beschlossen.

2. Europarat. Sitzung Ministerkomitee in Paris

Herr Spühler möchte eine grundsätzliche Bemerkung zum Antrag vom 28. November machen. In diesem werden die Begleiter des Departementchefs an der Sitzung des Ministerkomitees des Europarates in Paris namentlich angeführt. Herr Spühler ist mit dem vorliegenden Vorschlag sachlich durchaus einverstanden, möchte sich aber inskünftig mehr Freiheit bewahren, indem einzig erwähnt wird, der Departementchef werde sich von seinen zuständigen Mitarbeitern begleiten lassen.

Herr Thalmann verweist auf den Antrag seiner Abteilung, der den Sitzungsteilnehmern zugestellt worden ist. Inzwischen ist uns durch Vermittlung des österreichischen Botschafters auch noch der Entwurf einer Tagesordnung für die Pariser Session am 12. und 13. Dezember übergeben worden, der ebenfalls verteilt wurde. Es handelt sich um eine Liste von 8 Punkten von unterschiedlicher Bedeutung. Von Wichtigkeit erscheint in erster Linie die vorgesehene Aussprache über die Beziehungen mit den Oststaaten. Ueblicherweise erstatten die teilnehmenden Minister einen Bericht über die bilateralen Beziehungen ihres Landes mit diesen Staaten. Herr Thalmann übergibt dem Departementchef den Entwurf zu einer derartigen Erklärung. Wir verfolgen eine vorsichtige Linie, davon ausgehend, dass die Initiative für eine Annäherung nicht vom Europarat, sondern von den betreffenden interessierten Staaten auszugehen habe. Das Traktandum Nr. 3 betrifft die Beziehungen zwischen dem Europarat und der UNO und dürfte kaum Anlass zu grösseren Diskussionen geben. Immerhin heisst es hier aufpassen. Generalsekretär Smithers verfolgt die Tendenz, dem Europarat ein Regionalstatut gemäss Kapitel 8 der UNO-Charta verleihen zu lassen. Das würde uns indirekt in die Gefahrenzone der Sanktionen hineinführen. Ueber das Traktandum 4: Europäische Integrationspolitik können wir erst nach London (5. Dezember) sinnvoll diskutieren. Der Chef des Integrationsbüros wird unsere Delegation nach Paris begleiten. Zu Punkt 8 (Internationale Katastrophenhilfe) erinnert Herr Thalmann an das Bestehen der Union Internationale de Secours (UIS), welcher die Schweiz seinerzeit beigetreten ist. Diese enthält internationale Ver-

pflichtungen in Katastrophenfällen. Es wäre vielleicht nützlich, falls darüber im Rat diskutiert werden sollte, einmal an diese bereits bestehenden rechtlichen Verpflichtungen zu erinnern. Herr Thalmann wird dem Departementschef ein diesbezügliches Arbeitspapier unterbreiten.

Herr Micheli: Die UIS wurde unter einem schlechten Stern geboren. Die Konvention, die von zahlreichen Staaten unterzeichnet wurde und die an und für sich ein nützliches Instrument auf diesem Gebiet hätte sein können, war eigentlich eine Totgeburt, was besonders Herr Botschafter Rügger stets bedauert hat. Ein Grund dazu liegt vielleicht darin, dass Katastrophen immer von einem spontanen Elan zur Solidarität gefolgt waren, weshalb die Union nie recht zum Einsatz kam. Man könnte sich fragen, ob sie nicht reaktiviert werden sollte. Auf jeden Fall wäre bei dieser Gelegenheit auf die UIS hinzuweisen.

Herr Bindschedler: Die UIS war ein Kind des Völkerbundes und ist deshalb ab 1945 lahmgelegt worden. Sie sollte der heutigen Situation angepasst werden. In den 50er Jahren wurden ernsthafte Anstrengungen unternommen, doch das neue Statut ist lettre morte geblieben. Sie ist insbesondere von der Liga der Rotkreuz-Gesellschaften immer mit Misstrauen betrachtet worden. Herr Bindschedler ist auch der Auffassung, dass bei Traktandum 8 auf die UIS hingewiesen werden sollte, in dem Sinne, dass auf bereits Bestehendem aufgebaut werden könnte. Allerdings sprengt die UIS den europäischen Rahmen, da auch südamerikanische Staaten Mitglieder sind. Es ist aber klar, dass Katastrophen von universeller Tragweite sind. Herr Bindschedler erwähnt nebenbei noch, dass die UIS bis heute eine Zeitschrift herausgibt.

Herr Dr. Diez macht auf die Bedeutung bilateraler Vereinbarungen für Katastrophenfälle aufmerksam. Regelungen über Zollformalitäten und andere Bewilligungen sind in solchen Fällen äusserst wünschenswert.

Herr Bundesrat Spühler unterstreicht seinerseits die Bedeutung derartiger internationaler Abmachungen, welche eine rasche und reibungslose gegenseitige Hilfeleistung wesentlich erleichtern könnten.

- 6 -

Herr Thalmann denkt, dass es in der Tat nützlich wäre, den Rechtsgedanken, der in der UIS steckt, wieder in Erinnerung zu rufen.

Herr Janner macht darauf aufmerksam, dass bei Anträgen wie dem vorliegenden auch die politische Abteilung Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten sollte, insbesondere bezüglich der verschiedenen bilateralen Aspekte.

Herr Thalmann nimmt diesen Einwand zur Kenntnis und bedauert, dass es unterlassen wurde, die politische Abteilung vorgängig noch zu konsultieren.

Herr Dr. Diez: Zu Traktandum 3 ist zu erwähnen, dass auch auf dem Rechtsgebiet die Frage der Beziehungen zwischen dem Europarat und der UNO aktuell ist.

Herr Bindschedler: Auf jeden Fall müssen Doppelspurigkeiten vermieden werden. Der Europarat schafft zusätzliche Arbeit und Papier. Der Ansicht von Herrn Thalmann hinsichtlich der Gewährung des Charakters einer regionalen Organisation im Sinne von Kapitel 8 der Charta der Vereinten Nationen an den Europarat ist völlig beizupflichten und hier ist in der Tat Vorsicht geboten. Ein solcher Weg ist sehr gefährlich und dazu kommt noch, dass der Europarat wieder vermehrt politisiert wird. Es gilt den Anfängen zu wehren.

Herr Spühler teilt diese Auffassung. Er wünscht bezüglich Traktandum 3 noch eine Unterlage zu erhalten.

Herr Micheli ist nicht der Ansicht, dass die Gefahr einer Realisierung dieser Tendenz besteht. U'Thant hat in Genf erklärt, die Ueberführung des Europarats in eine Regional-Organisation liege nicht in der Absicht des Generalsekretariats.

* * *

*

- 7 -

Herr Micheli hat soeben einen telefonischen (!) Hilferuf von Botschafter Schnyder erhalten, der sich in grossen Personalschwierigkeiten befinden soll. Herr Schnyder behauptet, er könne nach dem Abgang von Herrn Natural mit dem reduzierten Stab nicht auskommen, und verlangt unverzüglich die - wenn auch nur vorübergehende - Zuteilung eines Mitarbeiters, wobei er an Herrn Langenbacher oder an Herrn Exchaquet denkt. Herr Micheli hat ihm rundheraus erklärt, dass dies nicht in Frage komme. Wir müssen uns also entscheiden, ob die Abreise Natural's verschoben oder der Antritt von Müller in Washington beschleunigt werden soll. Ein Entscheid muss sofort getroffen werden, da Herr Schnyder in ungefähr zwei Stunden wieder telefonisch rückfragen wird.

Herr Bieri zeigt sich sehr erstaunt über diese telefonische Intervention. Es ist in Washington schon verschiedentlich vorgekommen, dass zwei diplomatische Mitarbeiter gleichzeitig abwesend waren. Wie vorgesehen wird Müller anfangs Januar seinen Dienst in Washington beginnen und wir sehen im übrigen vor, unverzüglich nach dem Abschluss-examen einen jüngeren Diplomaten nach Washington zu entsenden. Das Datum der Abreise von Herrn Natural musste im Hinblick auf eine bevorstehende Operation festgelegt werden. Daran lässt sich nichts ändern. Herr Bieri versteht den Telefonanruf unseres Botschafters in Washington nicht, denn es hat sich keine neue Lage ergeben.

Herr Spühler macht darauf aufmerksam, dass im Zeitraum vom 23. Dezember bis etwa um den 5. Januar - aussergewöhnliche Ereignisse vorbehalten - im allgemeinen relative Ruhe im politischen Leben zu herrschen pflege.

Herr Gelzer ist der Auffassung, es sollte Herrn Botschafter Schnyder möglich sein, mit seinem Stab auszukommen, um die Zeit bis zur Zuteilung der Ersatzleute zu überbrücken. Es kommt natürlich immer darauf an, was ein Botschafter aus seinem Posten machen will, und Herr Schnyder ist ausgesprochen optimal eingestellt.

- 8 -

Auf eine Frage von Herrn Spühler: Abgesehen von der Uhrenzollfrage bestehen seines Erachtens zur Zeit keine konkreten Probleme, die von besonderer Dringlichkeit sind. Vielleicht fühlt sich der Botschafter durch die politische Berichterstattung, die ja auf einem so wichtigen Posten von ausgesprochener Bedeutung ist, stark belastet.

Herr Thalmann erwähnt in diesem Zusammenhang eine gewisse gerade in diesen Tagen vermehrte Arbeit unseres Botschafters auf dem Wissenschaftsgebiet im Zusammenhang mit der Ernennung eines wissenschaftspolitischen Beraters des amerikanischen Präsidenten.

Die nachfolgende Aussprache ergibt, dass den Wünschen von Herrn Schnyder nicht entsprochen werden kann. Er ist in diesem Sinne zu orientieren. Uebrigens ist er bereits seit Monaten über die Lage aufgeklärt, und er kennt auch unseren Personalstopp.

* *
 *
 *

3. Reorganisation der Abteilung für Internationale Organisationen

Herr Thalmann (wörtlicher Text): Ich glaube, dass die Notwendigkeit einer Reorganisation der Abteilung heute allgemein anerkannt ist. Die schon von Herrn Bundesrat Wahlen festgestellte Gewichtsverlagerung vom Bilateralen auf das Multilaterale erheischt eine straffere Organisation der Abteilung und vor allem eine bessere Dotierung an qualifiziertem Personal.

Ich habe meine Erwägungen im einzelnen in einer Notiz vom 9. August dieses Jahres an den Departementschef, die ich auch den Herren Micheli und Bieri zugestellt habe, niedergelegt. Sodann benützte ich die Gelegenheit der Beratungen der Promotionskommission I, um die dort vertretenen Chefbeamten zu orientieren und sie gleichzeitig für die Regelung der personellen Probleme in Anspruch zu nehmen. Denn es ist ohne weiteres klar, dass eine Reorganisation nicht in abstracto

- 9 -

erfolgen kann, sondern nur auf Grund des vorhandenen bzw. noch zuzuteilenden Personals.

Es mag angezeigt sein, die Grundgedanken der Reorganisation hier kurz zu rekapitulieren. Angesichts der Ausweitung des Arbeitsvolumens namentlich in der Sektion für internationale Organisationen und der Wissenschaftssektion drängt sich zunächst eine Ausscheidung jener Aufgaben auf, die organisch nicht in die Abteilung gehören. Es handelt sich im wesentlichen um folgende Gebiete:

- die fremden Interessen, die sich in sehr bilateralem Rahmen halten und fachlich der Politischen Abteilung zustehen;
- der Dienst für Verkehrsfragen (Luftverkehr, Binnenschifffahrt, Seeregulierung, Eisenbahnverkehr, Pipelines etc.), die dem Rechtsdienst näher stehen, der im übrigen bereits die Vertretung in der Rheinzentralkommission übernommen hat. Logischerweise gehört in diese Gruppe auch das Schweiz. Seeschiffahrtsamt;
- schliesslich ist auch die Verwaltung der internationalen Konventionen eindeutig ein Gebiet, das in die Kompetenz des Rechtsdienstes gehört, der sich heute schon weitgehend damit zu befassen hat.
- Der Vollständigkeit halber erwähne ich hier noch eine Notiz, die ich erst gestern vom Dienst für Technische Zusammenarbeit erhielt, in welcher die Auffassung vertreten wird, dass die internationalen Hilfswerke, die ein wesentliches, wenn auch wegen Personalmangels sehr vernachlässigtes Gebiet der Abteilung für Internationale Organisationen bilden, an den Dienst für Technische Zusammenarbeit übergehen sollten. - Aus sachlichen und psychologischen Gründen wäre dies meines Erachtens ein Kapitalfehler. Die Tatsache, dass der Dienst für Technische Zusammenarbeit im Gegensatz zu den Internationalen Organisationen über das nötige Personal verfügt, sollte kein Grund sein, um diesen Fehler zu begehen. Im übrigen werden wir uns mit den Argumenten von Herrn Pestalozzi im einzelnen auseinandersetzen.

- 10 -

Gerade die Erkenntnis, dass die internationalen Hilfswerke bisher in bedenklicher Weise vernachlässigt worden sind, hat uns dazu geführt, hiefür eine eigene neue Sektion zu bilden.

Andererseits sehen wir im Sinne einer Rationalisierung die Zusammenlegung der bisherigen Sektion für kulturelle Fragen und des Generalsekretariats der UNESCO vor. In der Tat handelt es sich hier um Arbeitsgebiete, die lediglich verschiedene Aspekte ein und desselben Gegenstandes bilden.

Das Ergebnis ist eine Abteilung von vier (statt bisher sieben + ein Amt) Sektionen. Die vier Sektionen sind:

- Internationale Organisationen (mit Einschluss des Europarates und der internationalen Aemter)
- Internationale Hilfswerke
- Wissenschaftsfragen
- Kulturelle Fragen und UNESCO-Sekretariat

Einer Abklärung bedürfen noch folgende organisatorische Fragen:

- eine entsprechende Reorganisation des Rechtsdienstes, dem neue wesentliche Arbeitsgebiete zufallen;
- die Regelung der Kompetenzen für Fragen der Abrüstung und der Nonproliferation, die einerseits einen UN-Aspekt haben, vorwiegend aber rechtlich-politischen Charakter tragen. Meines Erachtens sollte hier Herr Bindschedler federführend bleiben, wobei ihm aber wohl noch ein Mitarbeiter beigegeben werden sollte.

In der Promotionskommission wurden bereits gewisse Personalmutationen ins Auge gefasst, die die Reorganisation der Abteilung mit sich bringen müsste. Ich möchte hier darauf vorläufig nicht näher eintreten, dagegen muss ich nochmals mit allem Nachdruck erklären, dass die ganze Reorganisation mit der Zuteilung des nötigen Personals steht und fällt. In dieser Hinsicht haben bisher alle unsere Bemühungen fehlgeschlagen, und es scheint mir ganz ausgeschlossen zu sein,

- 11 -

dass die Reorganisation, wie vorgesehen, auf den 1. Januar 1967 in Kraft tritt. Mit oder ohne Reorganisation steht auf jeden Fall fest, dass die Abteilung für Internationale Organisationen mit ihrem gegenwärtigen Personalstatus ihren Aufgaben nicht mehr gewachsen ist. Dies ist eine Tatsache, die eigentlich jedermann einleuchten sollte, wenn man bedenkt, dass diese Abteilung von allen Abteilungen mit Einschluss des Dienstes für Technische Zusammenarbeit den weitaus kleinsten Personalbestand besitzt, gleichzeitig aber weitaus am meisten Anträge an den Bundesrat zu machen, die grössten Kredite zu verwalten und am meisten Konferenzabwesenheiten hat.

Nachdem aber die Verwaltungsabteilung offensichtlich nicht in der Lage ist, dieser Tatsache Rechnung zu tragen, ersuche ich den Departementschef um die Ermächtigung, Herrn Dr. Hongler, Direktor der Zentralstelle für Organisationsfragen der Bundesverwaltung, mit einer Expertise zu beauftragen.

Herr Micheli: Wir sind uns alle der Schwierigkeiten der Abteilung für Internationale Organisationen bewusst und müssen Minister Thalmann helfen. Deshalb waren wir sofort bereit, die Verkehrssektion und die fremden Interessen zu übernehmen. Herr Micheli erläutert kurz, wie es zu der Zuteilung dieser Dienste an die Abteilung für Internationale Organisationen gekommen ist. Als Herr Petitpierre das Politische Departement übernahm, war es mit nur zwei Abteilungen in Form einer Pyramide organisiert. Der neue Chef baute es horizontal aus durch die Schaffung von fünf Abteilungen, die in der Folge auf drei plus die Technische Zusammenarbeit reduziert wurden. Bei der Aufteilung dieser zwei Abteilungen auf die bestehenden drei gingen die Verkehrs- und Transportfragen an die Internationalen Organisationen über. Die fremden Interessen wurden ebenfalls dieser Abteilung zugeschlagen, weil man sich sagte, dass dieser Dienst im Frieden wenig arbeitsintensiv sei, währenddem im Kriegsfall die Politische Abteilung sowie so überlastet sein werde. Die nunmehr vorgeschlagene Zuteilung der fremden Interessen an die Politische Abteilung ist logisch. Was bei den Internationalen Organisationen bleibt, ist immer noch viel und stellt grössere Personalprobleme. Herr Micheli ist vom praktischen Nutzen

- 12 -

einer Expertise Hongler nicht überzeugt und glaubt eher, dass wir intern eine Lösung suchen sollten. Das Experiment Hongler bei der Technischen Zusammenarbeit war nicht schlüssig. Es ist zu prüfen, ob wir unter Umständen an Leute ausserhalb des Departements gelangen wollen. Die Sektion für Internationale Hilfswerke sollte im gegenwärtigen Zeitpunkt gehoben werden, und hier liessen sich vielleicht auch Leute von aussen einfügen. Herr Micheli befürwortet eine interne Abklärung vorgängig der allfälligen Mandatserteilung an Herrn Hongler.

Herr Bieri war etwas betroffen von der Feststellung, dass die Verwaltungsabteilung nicht in der Lage sei, den Wünschen der Internationalen Organisationen nachzukommen. Es haben doch schon verschiedentlich Besprechungen stattgefunden und Personalvorschläge sind gemacht worden. Herr Bieri war der Ansicht, man sei mit Herrn Thalmann einig geworden. Er hat auch um Nennung allfälliger outsiders gebeten, damit beim Personalamt geprüft werden könne, ob Neuanstellungen bewilligt werden. Wie Herr Thalmann weiss, ist ihm für nächstes Jahr die Zuteilung von drei bis vier guten Vizekonsuln in Aussicht gestellt worden. Im übrigen sind in den letzten zwei Jahren ausgesprochen gute Leute in diese Abteilung versetzt worden. Sie verfügt heute prozentual über gleichviel gute Leute wie die anderen Abteilungen. Zu einer Expertise durch Herrn Hongler lässt sich nur feststellen, dass damit das personelle Problem nicht lösbar sein wird. Die Zentralstelle für Organisationsfragen befasst sich einzig mit Durchleuchtungen und Organisationsvorschlägen, aber nicht mit Personalproblemen.

Herr Spühler hatte seit der Uebernahme des Politischen Departements den Eindruck, dass die Abteilung für Internationale Organisationen in der Tat schlecht organisiert ist. Es fehlen Gliederung und Struktur. Der Departementschef begrüsst deshalb lebhaft die Anstrengungen von Herrn Thalmann in Richtung einer grösseren Konzentration und Straffung. Es wird zu überlegen sein, ob nicht alles, was von anderen Fachdepartementen gemacht werden könnte, an diese abzugeben ist. Zur Frage einer Expertise durch Herrn Hongler bemerkt Herr Spühler, dass er grundsätzlich nie dagegen sei, einen vorurteilslosen Fachmann beizuziehen. Es ist aber insofern Herrn Bieri recht zu geben, als Per-

sonalprobleme damit nicht gelöst werden können.

Herr Janner stellt fest, dass wir uns über die Reorganisation an sich einig sind. Zu prüfen bleibt noch der personelle Aufbau der einzelnen Sektionen. Und da kann man sich tatsächlich fragen, ob eine Expertise Hongler sinnvoll ist.

Herr Bindschedler gibt als Vorbemerkung seinem Bedauern Ausdruck, keine schriftliche Unterlage zu diesem Traktandum erhalten zu haben. Zur Sache selbst zeigt er sich beeindruckt von den Ausführungen von Herrn Minister Thalmann und stimmt ihm in grossen Zügen zu. Die Abtrennung der Verkehrssektion scheint an und für sich ein bestechender Gedanke zu sein. Wir müssen uns aber doch noch näher damit befassen, gerade im Hinblick auf die stets fortschreitende Multilateralisierung. Zur vorgeschlagenen Expertise kann man sich fragen, ob es nicht zweckmässiger wäre, die Gesamtorganisation und -Konzeption des Departements überprüfen zu lassen. Die heutige Organisation hat ja bekanntlich nur provisorischen Charakter. Herr Bindschedler stellt die Frage nach der Existenzberechtigung der Finanzsektion. Er könnte verstehen, wenn man eine dritte Ländersektion in Aussicht nehmen würde. Auch der Ausbau des Dokumentationsdienstes fällt in diesen Fragenkomplex, zu dem auch noch die Schaffung einer claims-commission gehört. Wie wir sehen, haben wir einen ganzen Fächer von Problemen, die alle in einem inneren Zusammenhang stehen und nicht unabhängig von einander angegangen werden können. Herr Bindschedler würde eine Hongler-Expertise begrüßen, falls sie sich auf das ganze Departement ausdehnt. Es könnten sich wertvolle Hinweise ergeben. Daneben besteht immer noch das Personalproblem, und es soll doch auch einmal erwähnt werden, dass wir bei einem Beitritt zur UNO ca. 50 neue Leute werden anstellen müssen.

Herr Diez begreift die Sorgen von Herrn Thalmann und findet seine Vorschläge logisch und vernünftig. Hongler wird zu diesem Problem fraglich einen nützlichen Beitrag leisten können. Anders verhält es sich allerdings, falls sich die Expertise, wie von Herrn Bindschedler

vorgeschlagen, auf das ganze Departement erstrecken würde. "Als Partei" möchte er sich noch zu einigen Punkten äussern, die für den Rechtsdienst gewisse Probleme darstellen. Der Rechtsdienst war bis heute ein ziemlich monolithisch aufgebauter Dienst mit Stabsaufgaben und nur zwei atypischen Aufgaben, nämlich Liechtenstein und die Grenzfragen. Mit der Rheinzentralcommission ist bereits ein neues artfremdes Element hinzugekommen. Daneben stellt sich die Frage der claims-commission. Bis heute ist dieses Sachgebiet aufgeteilt und von den Ländersektionen behandelt worden. Hier muss aber Remedur geschaffen und ein Kern gebildet werden für neue Fälle in der Zukunft. Alle diese Aufgaben sprengen aber die Konzeption des Rechtsdienstes als Stabsdienst; eine Konzeption, die Herr Diez nicht aufgeben möchte. Der Rechtsdienst sollte für völkerrechtliche Fragen allen Dienststellen zur Verfügung stehen. Bei den personellen Fragen erkundigt sich Herr Diez nach dem Entscheid des Departementschefs betreffend Dumont und erfährt, dass sein Vorschlag bewilligt und Dumont ihm zugeteilt ist. Herr Diez erklärt sich grundsätzlich bereit, die ihm infolge der Umorganisation der Abteilung für I.O. neu zugeteilten Aufgaben vorläufig sozusagen mit der linken Hand zu übernehmen, stellt aber ausdrücklich fest, dass sich mit der Zeit die Frage der organisatorischen Erweiterung in Richtung einer Rechtsabteilung stellen wird. Dabei soll von der Grundidee des Rechtsdienstes als eines Stabsdienstes ohne Aufteilung in Sektionen nicht abgegangen werden.

Herr Gelzer zeigt sich beeindruckt von der Diskussion, welche die starke Interdependenz all dieser Fragen aufgezeigt hat. Er teilt die Auffassung von Herrn Bindschedler bezüglich einer Gesamtüberprüfung unserer organisatorischen Konzeption. Man könnte aber vielleicht mit den Internationalen Organisationen einen Anfang machen und dann weitergehen. Herr Gelzer fragt sich, warum nicht beispielsweise die europäischen Organisationen, wie EWG und EFTA, in einem Dienst vereinigt sind.

Herr Janner: Die Aufteilung des Finanzdienstes an die Ländersektionen dürfte an und für sich zweckmässig sein. Wir kommen dann aller-

dings in der Tat zur Frage der Dreiteilung. Ausserdem besteht die Gefahr eines Uebergewichtes der Handelsabteilung.

Herr Spühler: Die Reorganisation des Politischen Departements ist im Bundesrat schon einmal von Herrn Wahlen zur Diskussion gestellt worden. Heute scheint es wichtig, das Dringendste zu tun und mit den Internationalen Organisationen zu beginnen als Baustein für eine spätere Gesamtreorganisation, gegen die er grundsätzlich nichts einzuwenden hat. Wir dürfen jedoch nicht vergessen, dass eine solche viel Zeit braucht und nicht vor Jahren zu realisieren sein wird. Das will nicht bedeuten, dass wir unter die Idee an und für sich einen Strich setzen wollen. Im Gegenteil, das Traktandum soll beibehalten werden.

Herr Thalmann Man könnte dann auch einmal an eine Aenderung des Titels unseres Departements gehen. Was die Expertise Hongler anbetrifft, ist Herr Thalmann auf diese Idee gekommen, um für sich selbst eine Bestätigung zu erhalten, dass er richtig urteilt. Das war der eigentliche Grund für den Gedanken der Einschaltung Honglers. Die Personalvorschläge der Verwaltungsabteilung sind nicht genügend und befriedigen nicht. Mit der Zuteilung von drei Vizekonsuln ist nichts Entscheidendes getan. Heute sind wir soweit, dass die Gefahr von Betriebsunfällen besteht. Trotz der festgestellten prozentualen Gleichstellung haben wir einfach zu wenig gute Leute in der Abteilung. Herr Thalmann möchte sich nicht auf eine Expertise kaprizieren, muss aber doch feststellen, dass sich die Abteilung heute in einer Zwangslage befindet. Die gegenwärtige Personalsituation erfordert dringlich eine Zuteilung von brauchbaren Leuten.

Herr Bundesrat Spühler hatte den Eindruck, dass die Internationalen Organisationen im Laufe der Zeit zu einer Art Mülleimer des Departements geworden sind. Möglicherweise war der Vorgänger von Herrn Thalmann etwas zu nachgiebig.

Herr Bieri bemerkt, dass in den vergangenen zwei Jahren ausge-

- 16 -

sprochen gute Leute der Abteilung zugeteilt worden sind. Neuerdings stehen die Herren Vogelbacher und Hohl in Vorschlag.

Herr Spühler stellt fest, dass über die von Herrn Thalmann vorgeschlagene Neuorganisation der Abteilung mit vier Sektionen und zwei Stellvertretern keine Meinungsverschiedenheit besteht. Im Rahmen dieser Sitzung können wir auf personelle Einzelfragen nicht eingreten. Es ergeht deshalb ein Auftrag an die Herren Bieri und Thalmann, unter der Oberaufsicht des Generalsekretärs diese zu bereinigen und Vorschläge vorzulegen. Dabei ist davon auszugehen, dass die Abteilung für I.O. beim heutigen Uebergang in den Multilateralismus ständig grössere Bedeutung erhält. Die Personalfragen müssen gründlich geprüft werden, und wir müssen uns auch darüber im klaren sein, dass es im Politischen Departement einfacher ist als in der übrigen Verwaltung, schlechte Leute auf einer Abteilung durch Verschiebung an eine andere loszuwerden.

Herr Thalmann bemerkt dazu, dass das durchschnittliche Niveau der Beamten des EPD sicher nicht schlechter als in anderen Departementen ist.

Herr Spühler geht über zur Behandlung der konkreten Vorschläge von Herrn Thalmann in bezug auf die vorgesehenen Sektionschefs.

- Herr Pictet, Sektion Internationale Organisationen
(mit Einschluss des Europarates und der internationalen Aemter)

Unbestritten und genehmigt

- Herr Hummel, Sektion kulturelle Fragen und UNESCO-Sekretariat

Unbestritten und genehmigt

- Herr Vallotton, Wissenschaftsfragen

Unbestritten und genehmigt

- 17 -

- Herr Martin, Internationale Hilfswerke
Der Departementschef erkundigt sich nach
der Eignung Martins für diese Aufgabe.

Herr Thalmann: Martin eignet sich für diese neue Aufgabe, die ihm viel besser als sein bisheriges Arbeitsgebiet entspricht, sehr gut.

Herr Gelzer bestätigt dieses Urteil aus eigener Erfahrung.

Herr Janner: Damit stellt sich aber das Problem der Beförderung von Fräulein Werner, die offenbar Gefahr läuft, blockiert zu werden.

Herr Thalmann: Das ist keinesfalls zutreffend. Fräulein Werner leistet ganz hervorragende Arbeit. Sie ist jedoch zurückhaltend und die Leitung von Sitzungen würde ihr kaum liegen. Aber es kann keine Rede davon sein, dass sie blockiert wird, auch wenn sie sich für die Führung einer Sektion nicht eignet.

Die übrigen im Zusammenhang mit der Reorganisation der Abteilung für I.O. stehenden Personalprobleme sollen in Zusammenarbeit zwischen den Herren Thalmann und Bieri geregelt werden.

Herr Janner: Es stellt sich noch die Frage eines allfälligen Sachbearbeiters für Nonproliferation und Abrüstungsprobleme.

Herr Botschafter Micheli denkt, dass es Sache von Herrn Minister Bindschedler ist, sich dazu zu äussern, insbesondere, ob er einen Mitarbeiter nötig hat.

Herr Bindschedler: Bis jetzt ist es gut gegangen. Es handelte sich allerdings vorwiegend nur um die Verwaltung von Unterlagen und die Ausarbeitung gewisser vereinzelter Exposés und Studien für den Departementschef. Wenn sich das ändern sollte und Routinearbeiten (Korrespondenzwechsel o.ä.) zu erledigen wären, dann müsste allerdings ein Mitarbeiter zugeteilt werden.

- 18 -

Herr Janner: Wenn Herr Bindschedler da ist, geht es sicherlich gut. Aber bei seiner Abwesenheit muss sich auch jemand damit befassen.

Herr Micheli sieht zwei Möglichkeiten: entweder ein Sachbearbeiter bei den Internationalen Organisationen oder Zuteilung an den Rechtsdienst.

Herr Diez macht darauf aufmerksam, dass Herr Bindschedler das Recht hat, vom Rechtsdienst Mitarbeiter für gewisse Fragen anzufordern, was allerdings personell zunehmend schwieriger wird.

Herr Spühler denkt, dass dieses Sachgebiet durch die Internationalen Organisationen in Verbindung mit dem Rechtsdienst und unter der Oberaufsicht von Herrn Bindschedler behandelt werden sollte.

Herr Micheli schlägt vor, Herrn Natural mit diesen Aufgaben zu betrauen.

Herr Spühler ist prinzipiell einverstanden. Eine gegenseitige Absprache wird zu einer zweckmässigen Praxis führen.

Herr Janner weist abschliessend noch auf seinen bevorstehenden Besuch in Warschau hin und möchte erfahren, ob von seiten der Sitzungsteilnehmer dazu Bemerkungen hinsichtlich der allfälligen Berührung oder Nichtberührung von Problemen gemacht werden. Dies ist nicht der Fall.

4. Schwedenbesuch des Departementchefs

Zufolge der vorgerückten Zeit muss dieses Traktandum auf eine spätere Sitzung verschoben werden.

Janner